1303261_MG_rz_neu.qxp 27.08.2004 13:54 Page 13

Corporate Governance

Ein Interview mit Herrn Dr. Michael Ensser von Egon Zehnder International

Der Streit um hohe Managergehälter erhält fast täglich neuen Zündstoff. Politiker fordern die Offenlegung von Vorstandsbezügen börsennotierter Unternehmen und wollen sie notfalls gesetzlich durchdrücken. Die Vorstände allerdings wehren sich und haben eine Art Schweigepakt geschlossen. Auch in der Diskussion um Größe und Unabhängigkeit von Aufsichtsräten verhärten sich die Fronten zwischen Politik und Wirtschaft. Dabei ist beides von der Regierungskommission für den Corporate Governance-Kodex zur besseren Unternehmensführung bereits definiert worden. „BCCG News" sprach mit Dr. Michael Ensser, 40, Managing Partner der Unternehmensberatung Egon Zehnder International, über Vor- und Nachteile von Corporate Governance.

BCCG: Die meisten Empfehlungen der Regierungskommission zur Corporate Governance sind mittlerweile von den Unternehmen umgesetzt worden. Doch bei den Vorstandsgehältern hört offenbar der Spaß auf. Machen die Unternehmen hier einen Fehler?

Michael Ensser: Wir brauchen dringend eine höhere Transparenz in deutschen Konzernen. Daher bin ich ein Freund der Vorschläge der Corporate-Governance-Kommission. Es geht um das gute Gefühl von Aktionären und Gesellschaftern, dass da nicht in unanständiger Weise zu hohe Bezüge bezahlt werden. Über die Angemessenheit lässt sich natürlich prima streiten: Für einen schlecht bezahlten Angestellten ist das Gehalt des Bosses immer zu hoch, während im internationalen Vergleich die deutschen Manager gar nicht so gut bezahlt werden. Dass es teils unanständige Auswüchse gibt, ist sehr unerfreulich – lässt sich aber wohl, will man realistisch bleiben, nie ganz ausschließen.

BCCG: Was halten Sie davon, Gehälter per Gesetz offen zu legen, wie es die Bundesregierung plant?

Ensser: Es muss einen sauberen Rahmen geben, das stimmt, aber dafür reicht meiner Meinung nach der Empfehlungs-Kodex völlig aus. Ich wehre mich gegen Gesetzeszwang. Transparenz per Gesetz zu verordnen, wäre nur der allerletzte Weg. Wir sollten es schaffen, uns auch so zu einigen.

BCCG: Ist der Streit um Bezüge in Deutschland auch ein Ausdruck unserer Neidgesellschaft? Man gönnt es den Managern nicht. Ist das typisch deutsch?

Ensser: Grundsätzlich neigt der Deutsche ja dazu, zu Tode betrübt oder Himmel hoch jauchzend zu sein. Ein bisschen mehr Ausgewogenheit und Gelassenheit täte uns in Summe bestimmt gut. Die Gehälter-Debatte wird in der Tat aufgeregter als in anderen europäischen Ländern geführt. In Großbritannien etwa hat Corporate Governance eine längere Tradition und wird daher nicht nur „typisch britischer", sondern auch professioneller geführt.

BCCG: Ein zweiter Streitpunkt zurzeit sind Deutschlands Aufsichtsräte. Sind sie tatsächlich zu groß und abhängig?

Ensser: Ohne jede Frage. Und selbst angenommen, die 20 Mitglieder eines Aufsichtsrates wären die richtigen, es wären noch immer zu viele. Mir kann niemand sagen, dass eine Gruppe von 20 Mann, davon zehn straff von der Unternehmerbank und die anderen am besten aus den Großbanken, dem Prinzip Aufsichtsrat gerecht werden können: nämlich Rat, Kontrolle und Begleitung für das oberste Management zu sein. Ich denke, ein gutes Gremium ist per se schlanker und sollte mehr aus Experten bestehen, die die für ein Unternehmen spezifisch relevanten Erfahrungen und Kompetenzen mitbringen.

BCCG: Vielleicht könnte man dies ändern, wenn Aufsichtsräte besser verdienen würden?

Ensser: Wir bezahlen Aufsichtsräte insgesamt tatsächlich noch zu schlecht, sonst würden sich auch mehr gute Manager früher in ihrer Karriere dieser Aufgabe hauptberuflich widmen. Stattdessen gelangen viele verrentete Manager erst mit 65 Jahren aufwärts in die Aufsichtsräte. Aber am liebsten geht ja heutzutage der scheidende Vorstandsvorsitzende in den Aufsichtsrat – ein Schelm, wer dabei denkt, dies passiere nur, um die Fehler der Vergangenheit möglichst lange unter der Decke zu halten.

more>

www.egonzehnder.com